Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
vom 30.08.2017

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Hebich, Martin	Oberbürgermeister	
Baldauf, Christian	CDU	
Baqué, Manuel	CDU	
Baqué, Verena	CDU	
Baumann, Michael	CDU	
Bindert, Gabriele	CDU	
Busch, Tobias, Dr.	CDU	
Campidelli, Hugo	CDU	
Dropmann, Hans	CDU	
Finke, Christoph	CDU	
Firsching, Burkard	CDU	
Fuhrmanski, Constanze	CDU	
Haselmaier, Heike	CDU	
Jerger, Jürgen	CDU	**bis TOP 8**
Lutz, Franz-Josef	CDU	
Metzger, Corinna	CDU	
Riede, Alexander	CDU	
Schönherr, Sonja	CDU	
Schwarz, Doris	CDU	
Spiegel, Lucas	CDU	**bis TOP 8**
Süling, Carsten, Dr.	CDU	
Winkes, Daniel	CDU	
Hoppenrath, Anneliese	SPD	**bis TOP 8**
Klodt, Uwe	SPD	
König, Adolf José	SPD	
Ober, Karl	SPD	
Reffert, Monika	SPD	
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD	
Siegel, Marlene Charlotte	SPD	
Steeg, Beate	SPD	
Werle-Schneider, Gisela, Dr.	SPD	
Hezel, Carl, Dr.	FWG	
Hezel, Ingrid	FWG	
Meissel, Gerhard	FWG	
Sturm, Charis	FWG	
Sturm, Rudi	FWG	
Bruder, Gerhard, Dr.	Die Grünen/Offene Liste	
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste	
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste	
Pender, Ulrich	Die Linke	
Schwarzendahl, David	Die Linke	
Serfas, Günther, Dr.	ohne Fraktion / FDP	

(nicht stimmberechtigte)

Esser, Jürgen	Verwaltung
Felger, Johannes	Verwaltung
Hock, Bettina	Verwaltung

Hubertus, Frank	Verwaltung
Knöppel, Bernd	Beigeordneter
Letschert, Andrea	Verwaltung
Ringelspacher, Annika	Verwaltung
Schönhardt, Bernd	Verwaltung
Schulz, Matthias	Verwaltung
Schwarz, Andreas	Bürgermeister
Waschbüsch, Peter	Verwaltung
Zobel, Ronald	Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Gruchot, Christoph, Dr.	SPD
Leidig, Bernd	SPD
Leidig-Petermann, Magali	SPD

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 20:42 Uhr
Unterbrechungen: 19:37 Uhr – 19:59 Uhr und 20:05 Uhr – 20:12 Uhr

Die Mitglieder des Stadtrates waren durch Einladung vom 23.08.2017 auf Mittwoch, den 30.08.2017 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 10 wurden in öffentlicher Sitzung, der Tagesordnungspunkt 11in nichtöffentlicher Sitzung im kleinen Saal des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt. Im Anschluss daran wurde die Entscheidung aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Constanze Fuhrmanski und Dr. Gisela Werle-Schneider bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Oberbürgermeister Martin Hebich (Vorsitzender)	Peter Waschbüsch (Schriftführer)
Constanze Fuhrmanski (Schriftführendes Ratsmitglied)	Dr. Gisela Werle-Schneider (Schriftführendes Ratsmitglied)

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentliche Sitzung

Einwohnerfragestunde

Vorlagen der Verwaltung

1. Öffentliche Bekanntmachungen bei Dringlichkeit i.S. von § 34 Abs. 3 GemO
   Vorlage: XVI/1870

2. Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen bei Produkt 1141
   Projekt 1019 (Robert-Schuman-Schule Errichtung einer IGS)
   Vorlage: XVI/1901

3. Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt im Rahmen des Finanzstatus 2017
   Vorlage: XVI/1913

4. Einziehung eines Straßenteilstücks
   Vorlage: XVI/1872

5. Bebauungsplan "Sondergebiet Lebensmittelmarkt Wormser Straße" Nr. 47: Aufstellungsbeschluss
   Vorlage: XVI/1876

6. Ergänzungsvereinbarung zur Interkommunalen Vereinbarung zwischen den Städten Frankenthal (Pfalz) und Ludwigshafen am Rhein zur Gewerbeflächenentwicklung Ludwigshafen-Frankenthal "Nördlich A 650" und "Am Römig"
   Vorlage: XVI/1907

Anträge der Fraktionen

7. Verpflegung in den Kitas
   hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
   Vorlage: XVI/1919

8. Umbenennung Rathausplatz in "Helmut-Kohl-Platz"
   hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
   Vorlage: XVI/1920

Anfragen der Fraktionen

9. Stand der interkommunalen Maßnahmen gegen Rhein-Hochwasser
   hier: Anfrage der FWG-Stadtratsfraktion
   Vorlage: XVI/1890

10. Verkehrsberuhigung Studernheimer Weg
    hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
    Vorlage: XVI/1918

II. <u>Nichtöffentliche Sitzung</u>

Vertragsangelegenheit

III. <u>Öffentliche Sitzung</u>

Bekanntgabe der Entscheidung aus der nichtöffentlichen Sitzung

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Aktenzeichen: Datum: Hinweis:

Einwohnerfragestunde

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**				Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
10 /41

Protokoll:

Herr Paul Theobald stellt im Rahmen der Einwohnerfragestunde folgende Fragen an die Verwaltung, welche er ausführlich begründet:

1. Ist die Stadt Frankenthal (Pfalz) bereit, für die Zwangsarbeiterlager in Frankenthal, dort wo sich heute das Geschäft „Norma“ befindet, Straße Am Kanal (Stalag 12 B) und Frankenthal Mörsch Erinnerungstafeln anzubringen und falls ja, bis wann ist damit zu rechnen, dass dies geschehen wird?

2. Ist die Stadt Frankenthal (Pfalz) bereit, den Emil-Nolde-Ring in Paula-Salomon-Ring umzubenennen?

3. Ist die Stadt Frankenthal (Pfalz) bereit, zukünftig bei Personen, deren Namen zur Benennung einer Straße oder eines Platzes verwendet werden sollen, deren NS-Vergangenheit zu überprüfen?

4. Ist die Stadt Frankenthal (Pfalz) bereit, bei der Ernst-Rahlson-Straße einen Hinweis anzubringen, wer Ernst Rahlson war, wie dies bei der Emil-Rosenberg-Straße der Fall ist, und falls ja, bis wann ist damit zu rechnen, dass dies geschehen wird?

OB Hebich beantwortet die Fragen wie folgt:
1. Es ist zu fragen, ob es Sinn macht, an solch relativ abgelegenen Stellen Gedenktafeln aufzustellen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion (Drucksache XVI/0969), in dem eine Zentrale Gedenkstätte für alle Opfer des NS-Regimes in Frankenthal, also auch für die Zwangsarbeiter, gefordert wird. Dies scheint sehr viel sinnvoller, als an entlegenen Stellen der Stadt Gedenktafeln anzubringen. Zurzeit wird geprüft, ob ein ganzheitliches und zeitgemäßes Hinweissystem in der Stadt eingeführt werden kann. Dabei werden verschiedene Material- und Gestaltungsvarianten geprüft. Sobald ein Konzept dafür vorliegt, wird geprüft werden, an welchen Standorten im Stadtgebiet eine Beschilderung sinnvoll ist

und umgesetzt werden soll. Diese Frage wird in den Kulturausschuss zur Beratung verwiesen.

2. Emil Nolde gehörte zu den führenden deutschen Malern des Expressionismus. Aus diesem Grunde wurde auch in Frankenthal eine Straße nach ihm benannt. Er trat 1934 in die NSDAP ein und wurde anfangs von Goebbels und Speer gefördert. Seine Werke wurden aber sehr bald der sogenannten „Entarteten Kunst“ zugeordnet. Über tausend von ihnen wurden beschlagnahmt und zum Teil zerstört. Er durfte seit Mitte der 30er Jahre nicht mehr ausstellen, erhielt ein Malverbot und wurde 1942 schließlich wegen mangelnder Zuverlässigkeit aus der Reichskammer der bildenden Künste ausgeschlossen. In der Folgezeit wurde er von der Gestapo überwacht. Sein 1934 veröffentlichtes Buch „Jahre der Kämpfe“ enthält Formulierungen, die möglicherweise als antisemitisch interpretiert werden können. So schrieb er unter anderem „Juden sind andere Menschen als wir“ und „Juden haben viel Intelligenz und Geistigkeit, doch wenig Schöpferkraft“. Gravierende antisemitische Aussagen konnten allerdings nicht festgestellt werden. Eine Umbenennung des Emil-Nolde-Rings ist nach Ansicht der Verwaltung daher nicht zwingend notwendig, zumal der Ältestenrat am 06.02.2017 beschlossen hat, dieses Thema nicht weiter zu verfolgen. Eine Umbenennung in Paula-Salomon-Ring wäre nicht angebracht, da Paula Salomon eine klassische Sängerin war. Die Straßen im Bereich Pilgerpfad-Süd sind aber alle nach Malern benannt.

3. Ja, dazu ist die Stadt Frankenthal nicht nur bereit, sie setzt dies bereits in der Praxis um.

4. Diese Anregung wird sehr gerne aufgegriffen. Als Text schlägt die Verwaltung vor: „Dr. Ernst Rahlson, geb. 1871 in Berlin. Jüdischer Augenarzt, lebte und arbeitete seit 1898 in Frankenthal; im Januar 1944 im KZ Theresienstadt ermordet.“
Dieser Hinweis soll zeitnah angebracht werden.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

XVI/1870

Aktenzeichen: 101/WW Datum: Hinweis:

Öffentliche Bekanntmachungen bei Dringlichkeit i.S. von § 34 Abs. 3 GemO

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**1**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
101

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Öffentliche Bekanntmachungen bei dringlichen Sitzungen des Stadtrates, der Ausschüsse und Ortsbeiräte i. S. von § 34 Abs. 3 GemO erfolgen in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz – Frankenthaler Zeitung“.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1901

Aktenzeichen: 20/Zo/Nsch, 25/Ho, 41/Um

Datum: Hinweis:

Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen bei Produkt 1141 Projekt 1019 (Robert-Schuman-Schule Errichtung einer IGS)

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**2**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
20 / 25 / 41

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Bei Produkt 1141 (Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement) - Projekt 1019 (Robert-Schuman-Schule Errichtung einer IGS) wird der Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von

   982.000,00 €

   zugestimmt.

2. Bei Produkt 2181 (Integrierte Gesamtschule) - Projekt 1019 (Robert-Schuman-Schule Errichtung einer IGS) wird der Leistung einer weiteren überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von

   145.200,00 €

   zugestimmt.

3. Die überplanmäßigen Auszahlungen sind durch die Nichtinanspruchnahme von Auszahlungen im Jahr 2017 bei

   Produkt 2111 (Friedrich-Ebert- Realschule plus) – Projekt 1095 (Brandschutztechnische und sicherheitstechnische Ertüchtigung) in Höhe
   von 549.000,00 €,
   Produkt 3652 (Kindertagesstätten, Kindergärten, Spiel- und Lernstuben) – Projekt 1090 (Bau Kita Weidstraße) in Höhe
   von 433.000,00 €
   und
   Produkt 5471 (Öffentlicher Personennahverkehr) – Projekt 5060 (Haltepunkt Süd – Bike, Park und Ride) in Höhe
   von 145.200,00 € zu decken.

Protokoll:

OB Hebich stellt die Vorlage vor.

RM Hezel bemängelt, dass der Vorschlag der FWG-Stadtratsfraktion abgelehnt wurde, bei solch einem Großprojekt einen Projektsteuerer einzusetzen. Ein Projektsteuerer hätte viel Zeit und Geld gespart.

Bg Knöppel erklärt, dass bei dem Projekt zwei Firmen Insolvenz angemeldet haben. Ein weiteres Problem bestand darin, dass Firmen Nachträge eingereicht haben. Diese wurden kritisch hinterfragt und zum Teil gestrichen. Daraufhin haben die betroffenen Firmen sich von der Baustelle zurückgezogen. Nur durch sanften Druck konnten die Firmen dazu bewegt werden, wieder auf die Baustelle zurückzukommen. Diese Probleme hätte man auch nicht mit einem Projektsteuerer verhindern können. Zudem wurde ein Architekt beauftragt, der in seinem Angebot damit geworben hat, als Projektsteuerer zu fungieren. Aus diesen Gründen wurde von einem Projektsteuerer abgesehen.

OB Hebich erklärt, dass der Fehler darin lag, dass nicht früh genug erkannt wurde, dass das zur Verfügung stehende Bauvolumen überschritten wurde. Die Kosten für die juristische Begleitung wären auch mit einem Projektsteuerer angefallen, da dieser keine Rechtsberatung geben darf. Ein Projektsteuerer hätte keine nennenswerte Einsparung gebracht.

RM Steeg bittet zukünftig um ein Baucontrolling, dass die Abläufe im Auge behält. Sie fordert eine Dokumentation der Kostenmehrung. Zukünftig darf es nicht mehr passieren, dass Projekte die geplanten Kosten so stark überschreiten. Sie sieht es als problematisch an, den Rat erst dann zu informieren bzw. einzubinden, wenn bereits Fakten geschaffen sind. Ein Controlling ist hier eine gute Möglichkeit, dies zu verhindern.

OB Hebich sieht ebenfalls die Notwendigkeit eines Controllings und sagt dieses für zukünftige Projekte zu.

RM Dr. Schulze möchte wissen, warum die Planung der Außenanlage in der ursprünglichen Kostenberechnung nicht enthalten war und welche Schadstoffe in der Außenanlage gefunden wurden.

OB Hebich erklärt, dass es ursprünglich geplant war, getrennte Projekte für jeden Abschnitt auszuführen. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat gefordert, diese verschiedenen Bauabschnitte in einem Verfahren zusammenzufassen. Dadurch waren auch Umplanungen im laufenden Projekt erforderlich. Es wurde im Haupt- und Finanzausschuss zugesagt, dass die Verwaltung einen Bericht vorlegen wird, aus welchem hervorgeht, wann Änderungen notwendig, und wie hoch die Kosten dafür jeweils waren. Viele der zusätzlichen Kosten stehen aber unmittelbar im Zusammenhang mit der zuvor genannten Forderung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.

Herr Schulz vom Bereich Gebäude und Grundstücke erklärt, dass die Erhöhung der Schadstoffbelastung wohl durch eine unsachgemäße Vermischung des ausgehobenen Erdreiches entstanden ist. Bereits Kleinmengen einer höheren Klasse führen zu einer Anhebung des gesamten Aushubs. Dadurch wird die Entsorgung dementsprechend teurer.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1913

Aktenzeichen: 20/Zo/Nsch/Ri Datum: Hinweis:

Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt im Rahmen des Finanzstatus 2017

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**3**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
20

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Im Rahmen des Finanzstatus 2017 fallen im Ergebnishaushalt überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 3.498.792 EUR an, wie folgt:

TH	Deckungskreis	Betrag
übergreifend	2 – Personalaufwand	+ 644.992 EUR
	302 – externe Rechtsberatung (ab HPL 2018)	nachrichtlich
	3101 – Bereich 31	+ 25.060 EUR
1	1001 – Bereich 10	+ 8.001 EUR
2	3212 – Bereich 32 Produkt 5731	+ 55.938 EUR
3	2503 – Bereich 25	+ 1.363.628 EUR
4	4104 – Bereich 41	+ 114.579 EUR
7	5107 – Bereich 51	+ 391.364 EUR
	5117 – Bereich 51 Kitas	+ 117.370 EUR
10	2010 – Bereich 20	+ 777.860 EUR

Den überplanmäßigen Aufwendungen wird zugestimmt.

2. Die überplanmäßigen Aufwendungen werden durch die im Finanzstatus 2017 ausgewiesenen Mehrerträge in Höhe von insgesamt 4.728.180 EUR gedeckt und hier insbesondere durch die zu erwartenden Mehrerträge aus den Steuereinnahmen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer).

Protokoll:

Bgm Schwarz stellt die Vorlage ausführlich vor.

RM Dr. Bruder ist der Meinung, dass der Haushalt 2017 sehr knapp bemessen wurde. Der Ausgleich der überplanmäßigen Ausgaben kommt nur zustande, aufgrund von unerwarteten Mehreinnahmen. Er fragt sich, ob einige der überplanmäßigen Ausgaben nicht Ende 2016 vorhersehbar waren. Wenn die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion der Meinung ist, dass die Stadt bei einem Haushalt, der zu 80 % fremdbestimmt ist, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen wie Musikschule oder Schulsozialarbeit sparen soll, dann ist für ihn eine rote Linie überschritten.

Die Fraktionen von CDU, Die Linke und SPD stimmen Dr. Bruder zu.

Zusätzlich bittet RM Steeg um eine Auflistung, bei welchen Posten der Mehrausgaben auch Einnahmen, wie zum Beispiel Zuschüsse, kommen.

Bgm Schwarz verweist auf die Vorlage XVI/1912 Finanzstatus 2017, in welcher die einzelnen Deckungskreise detailliert mit Aufwendungen und Erträgen aufgeführt sind. Er bedankt sich für die Rückendeckung aus dem Stadtrat. Die Stadt Frankenthal wird auch in Zukunft im freiwilligen Bereich Ausgaben tätigen, um das Leben in der Stadt Frankenthal (Pfalz) zu gestalten. Die Sparbemühungen werden weiterhin vorangetrieben, und zwar nicht nur bei den freiwilligen Leistungen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1872

Aktenzeichen: 611/Fra Datum: Hinweis:

Einziehung eines Straßenteilstücks

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**4**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
61

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) verfügt als Träger der Straßenbaulast nach § 37 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 14 Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz (LStrG) mit Zustimmung des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz die Einziehung folgenden Teilstücks der Gemeindestraße Holzhofstraße:

Gemarkung Frankenthal, Flurstück-Nr. 1462/11 zu 133 qm.

Das einzuziehende Straßenteilstück ist im beigefügten Lageplan schraffiert gekennzeichnet. Für dieses besteht kein öffentliches Verkehrsbedürfnis mehr, so dass es mit der Einziehung seine öffentlich-rechtliche Eigenschaft verliert.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1876**

Aktenzeichen: 612/Fe Datum: Hinweis:

Bebauungsplan "Sondergebiet Lebensmittelmarkt Wormser Straße" Nr. 47: Aufstellungsbeschluss

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:	X	Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**5**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
61

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Dem Antrag der ALDI GmbH & Co. KG Kirchheim vom 28.07.2017 zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Anwesen Wormser Straße 99 wird zugestimmt.

2. Für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 47 „Sondergebiet Lebensmittelmarkt Wormser Straße“ wird der Einleitungsbeschluss gemäß § 12 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

   Der Geltungsbereich umfasst das Flurstück 2769/8 und wird begrenzt

   - Im Norden: durch die südliche Grenze der Flurstücke 2769/10 und 2769/12
   - Im Osten: durch die westlichen Grenzen der Flurstücke 2769/2 und 2769/9
   - Im Süden: durch die nördliche Grenze des Flurstücks 2768/6
   - Im Westen: durch die östliche Grenze des Flurstücks 2769/10

   Der Geltungsbereich ergibt sich weiterhin aus dem in der Anlage beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Einleitungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Protokoll:

OB Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Die Stadtratsfraktionen begrüßen den Bebauungsplan.

RM Gauch bittet darum, dass die zu fällenden Bäume beim geplanten Neubau gleichwertig nachgepflanzt werden. Sie möchte wissen, ob der Markt beim Neubau geschlossen sein wird oder wo während der Bauphase geparkt werden kann.

OB Hebich erklärt, dass es bei der Vorlage um Bauplanungsrecht geht. Detailfragen werden erst später besprochen.

RM Bindert bittet darum, dass bei der neu zu bauenden Ausfahrt das Linksabbiegen auf die Wormser Straße verhindert wird. Dies soll eventuell mit baulichen Maßnahmen erreicht werden.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1907

Aktenzeichen: 611/Hz; 612/Fe Datum: Hinweis:

Ergänzungsvereinbarung zur Interkommunalen Vereinbarung zwischen den Städten Frankenthal (Pfalz) und Ludwigshafen am Rhein zur Gewerbeflächenentwicklung Ludwigshafen-Frankenthal "Nördlich A 650" und "Am Römig"

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**6**		X	Mit	X	Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X				

Abdruck an:
61

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Ergänzungsvereinbarung zur Interkommunalen Vereinbarung zwischen den Städten Frankenthal (Pfalz) und Ludwigshafen am Rhein zur Gewerbeflächenentwicklung Ludwigshafen-Frankenthal "Nördlich A 650" und "Am Römig" wird zugestimmt.

2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, diesen Vertrag namens und im Auftrag der Stadt Frankenthal (Pfalz) zu unterzeichnen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

XVI/1919

Aktenzeichen: CDU Datum: Hinweis:

Verpflegung in den Kitas
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**7**		**X**	Mit	**X**	Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
25 / 51

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Stadtratsfraktion beantragt, dass alle Kinder, deren Eltern dies bei der Kindergartenleitung beantragen, an den Mittagsmahlzeiten teilnehmen dürfen, unabhängig davon ob sie einen Ganztags- oder Halbtagsplatz haben.

Begründung:

Die Kinder die nur einen Halbtagsplatz haben der zum Verbleib bis 14:00 Uhr berechtigt, dürfen nach Aussage der Kitaleitungen nicht am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen. Diese Kinder müssen dann um ca. 12:00 Uhr an einem anderen Tisch die eigens mitgebrachten Speisen zu sich nehmen.

Trotz Wunsch der Eltern an der Teilnahme am gemeinsamen Mittagstisch ist dies nicht möglich. Die Kosten für die Verpflegung müssen selbstverständlich zu Lasten der Eltern gehen.

Wir sehen eine nicht nachvollziehbare Benachteiligung und eine soziale Ausgrenzung einer Gruppe

Gabriele Bindert

Protokoll:

RM Spiegel erläutert den Antrag ausführlich.

Die übrigen Stadtratsfraktionen begrüßen grundsätzlich den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion.

Bgm Schwarz nimmt wie folgt Stellung:
Der Bedarf, an der Mittagsverpflegung teilzunehmen, ist bei den Eltern vorhanden. Allerdings sind dafür erhebliche Investitionen zu tätigen, um das entsprechend den Forderungen des Landesjugendamtes und des Gesundheitsamtes umzusetzen. Das betrifft bauliche Erweiterungen und technische Ausrüstung. Es muss Platz für die Anlieferung und die Aufbewahrung der Essen vorhanden sein, es müssen Stromanschlüsse geschaffen werden und es muss zusätzliches Personal eingestellt werden. Dieser Antrag sollte eher im Zuge der Haushaltsberatungen gestellt werden. Es wäre ein wichtiger Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings bestehen Bedenken, wie das kurzfristig realisiert werden soll.

RM Dr. Bruder erklärt, dass die Intention des Antrages sehr gut ist. Aber man sollte erst prüfen, welche Kosten dafür anfallen werden und diese Kosten dann für das Jahr 2018 in den Haushalt aufnehmen.

RM Baldauf möchte, dass jetzt über den Antrag entschieden wird. Es handelt sich dabei nur um den politischen Willen, dass alle Kinder mittags eine warme Mahlzeit erhalten können. Die Umsetzung wird dann von der Verwaltung geprüft und geplant werden.

OB Hebich macht den Vorschlag, jetzt nicht abzustimmen. Die Verwaltung wird zeitnah für jede Einrichtung einen detaillierten Bericht über die erforderlichen Maßnahmen vorlegen. Dazu gehört zuerst eine Bestandsanalyse. Weiterhin muss die Frage geklärt sein, was in der jeweiligen Einrichtung erreicht werden soll.

Bgm Schwarz gibt zu bedenken, dass es sich um elf Einrichtungen handelt, die überprüft werden müssen. Es ist fraglich, ob der Bereich Grundstücke und Gebäude jede einzelne erforderliche Baumaßnahme überprüfen kann bis zu den Haushaltsberatungen.

RM Steeg bittet die CDU-Stadtratsfraktion darum, aus dem Antrag einen Prüfantrag zu machen. Ansonsten können Eltern morgen einen entsprechenden Antrag auf Verpflegung stellen.

OB Hebich unterbreitet folgenden Vorschlag einer Modifizierung des Antrages:
„Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, nach dem möglichst schnell alle Kinder, deren Eltern dies bei der Kindergartenleitung beantragen, an den Mittagsmahlzeiten teilnehmen dürfen, unabhängig davon, ob sie einen Ganztags- oder Halbtagsplatz haben. Die Verwaltung erstattet dem Stadtrat einen Bericht über die hierfür erforderlichen baulichen, organisatorischen und personellen Maßnahmen.“

RM Bindert stimmt der Modifizierung zu, sofern die Erkenntnisse für den Haushalt 2018 berücksichtigt werden.

OB Hebich sagt zusätzlich zu, dass es eine sofortige Umsetzung in den Kindertagesstätten geben wird, wo es ohne Aufwand möglich ist. Anschließend stellt er den modifizierten Antrag zur Abstimmung.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019 **XVI/1920**

Aktenzeichen: CDU Datum: Hinweis:

Umbenennung Rathausplatz in "Helmut-Kohl-Platz"
hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	23
Stadtrat	**30.08.2017**	**8**			Mit		Nein-Stimmen:	19
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:	X	Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
X	X			

Abdruck an:
10

Der Rathausplatz wird umbenannt in „Helmut - Kohl – Platz“.

Begründung:

Am 16.06. ist Bundeskanzler Helmut Kohl im Alter von 87 Jahren verstorben. In die Geschichte ist er vor allem auch als überzeugter Europäer und „Kanzler der Einheit“ eingegangen. Er hat über Parteigrenzen hinweg im In – wie im Ausland eine sehr hohe Wertschätzung für sein politisches Lebenswerk während seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland Pfalz und als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung, erfahren. Viele europäische Staatsmänner ehren ihn bis heute dafür, dass er emotionale und politische Grenzen zur Erreichung seines großen Ziels eines geeinten und starken Europas überwinden konnte.

Um an ihn auch im öffentlichen Raum zu erinnern und seiner zu gedenken soll deshalb in zentraler Lage – wie auch schon bei der Ehrung Willy Brandts – eine repräsentative Fläche seinen Namen tragen. Hierfür bietet sich der Rathausplatz an.

Die weitere Begründung wird mündlich erfolgen.

Gabriele Bindert
(Fraktionsvorsitzende)

Protokoll:

RM Baldauf erläutert ausführlich das Leben und die Verdienste von Helmut Kohl.

RM Dr. Schiffmann hält im Anschluss daran die dem Protokoll beigefügte Rede.

RM Dr. Bruder erinnert an die Spendenaffäre von Helmut Kohl. Er würdigt allerdings seine großen Verdienste. Er hält den Rathausplatz für ungeeignet. Er plädiert für einen Findungsprozess mit Fingerspitzengefühl.

RM Hezel befürwortet eine Ehrung von Helmut Kohl. Auch die FWG lehnt jedoch eine Umbenennung des Rathausplatzes ab. Sie ist ebenfalls für einen geordneten Findungsprozess unter Beteiligung der Frankenthaler Bürgerinnen und Bürgern.

RM Dr. Serfas kann nicht verstehen, dass man im Vorfeld keinen gemeinsamen Konsens finden konnte. Er unterstützt den Antrag der CDU.

RM Pender hat keine Zweifel an den Verdiensten von Helmut Kohl. Auch er kann sich eine Umbenennung des Rathausplatzes nicht vorstellen. Er schlägt vor, die Bleichstraße umzubenennen, da Helmut Kohl dort früher wohnte.

RM Baldauf weist darauf hin, dass er vor den Sommerferien bereits mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD, FWG, Die Grünen und mit Herrn Dr. Serfas gesprochen hat. Als Rückmeldung kamen keine Alternativvorschläge. Daher hat die CDU jetzt den Antrag gestellt.

RM Dr. Busch erklärt, dass es in Frankenthal nicht viele Straßen und Plätze gibt, die für Helmut Kohl würdig wären. Er hat auf dem Rathausplatz sehr viele Auftritte gehabt. Er wurde gefeiert, bejubelt, aber auch ausgepfiffen. Daher ist der Rathausplatz prädestiniert für eine solche Umbenennung.

RM Steeg hat die Anfrage von Herrn Baldauf als Abfrage eines Meinungsbildes verstanden. Sie hat unter Federführung der CDU ein weiteres gemeinsames Besprechen dieser Angelegenheit erwartet. Jetzt kommt aber direkt nach der Sommerpause dieser Antrag in den Stadtrat. Sie mahnt an, dass es, ohne die Bürgerinnen und Bürger von Frankenthal mitzunehmen, einen negativen Effekt nach sich ziehen wird. Sie bittet darum, dass sich die Fraktionen nochmals besprechen und dann die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

RM Hezel hat gedacht, dass der Findungsprozess im Ältestenrat stattfinden wird. Sie wurde durch den Antrag sehr überrascht.

OB Hebich unterbricht die Sitzung für 22 Minuten, damit sich die Fraktionen besprechen können.

OB Hebich schlägt eine Trennung des Rathausplatzes vor. Die Trennlinie kann entsprechend der früheren verkehrsrechtlichen Funktion gesetzt werden. Der westliche Teil bleibt dann der Rathausplatz und der östliche Teil bis zum Rathaus wird dann zum Helmut-Kohl-Platz.

Die Stadtratsfraktionen von SPD, FWG, Die Grünen/Offene Liste und Die Linke lehnen diesen Vorschlag ab. Es wird an der Forderung festgehalten, keine Schnellschüsse zu machen, sondern die Angelegenheit in Ruhe zu beraten.

RM Bindert erklärt, dass die CDU dem Vorschlag von OB Hebich gefolgt wäre. Da dafür keine breite Mehrheit vorhanden ist, wird die CDU an dem Antrag festhalten.

OB Hebich unterbricht die Sitzung nochmals für 7 Minuten, um die Angelegenheit im Stadtvorstand abzustimmen.

OB Hebich gibt für den Stadtvorstand folgende Erklärung ab:
Ohne Zweifel war Helmut Kohl einer der bedeutendsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. Es ist heute bereits viel über sein politisches Wirken und seine Persönlichkeit gesagt worden. Er war Kanzler der deutschen Einheit. Er war Vordenker der europäischen Einigung. Er war Brückenbauer zu Frankreich und zu den Völkern Ost- und Mitteleuropas. Er war lange Jahre Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und hat das Land geprägt und war Vorreiter auf vielen Ebenen. Es ist unbestritten, dass Helmut Kohl herausragende Verdienste um Deutschland und Rheinland-Pfalz hat und diese Verdienste untrennbar mit seinem Namen verbunden sind. Natürlich hatte Helmut Kohl auch seine menschlichen, persönlichen Schwächen. Er hatte Ecken und Kanten, war in sich auch manchmal widersprüchlich. Aber das ist nun mal das Wesen eines Menschen. Dadurch wird die Leistung im historischen Kontext nicht gewürdigt. Und er hat auch gewisse Beziehungen nach Frankenthal gehabt. Unvergessen war die Begegnung und öffentliche Diskussion zwischen Helmut Kohl und Lech Wałęsa und Guido Knopp im CFF. Und er war auch mit einigen Persönlichkeiten in Frankenthal befreundet. Er war hier oft zu Gast und man hat ihn oft sonntags abends ganz normal ohne Leibwächter spazieren gehen gesehen. Er kannte auch die politischen Protagonisten vor Ort. Es ist sicherlich angemessen, dass Helmut Kohl öffentlich in Frankenthal geehrt wird. Dafür kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht: Straßen und Plätze, öffentliche Gebäude und Einrichtungen oder Preise und Auszeichnungen. Die Benennung eines Helmut-Kohl-Preises in Frankenthal ist nicht zielführend, weil eine solche Auszeichnung nur eine solche mit hohem internationalem Renommee sein kann. Und die gibt es in Frankenthal gegenwärtig nicht. Alle Auszeichnungen haben einen lokalen Bezug, drücken mehr oder weniger bürgerschaftliches Engagement aus, aber nicht staatsmännische Leistungen auf Ebene der Bundesregierung oder in europäischer Hinsicht. Ein Helmut-Kohl-Preis hätte also keinen lokalen Anknüpfpunkt zu Frankenthal. Für öffentliche Gebäude und Einrichtungen kommen eigentlich nur Schulen oder das CongressForum in Betracht. Bei lokalen Gebäuden fehlt der internationale beziehungsweise ein rationaler Verknüpfungspunkt zu Helmut Kohl. Umbenennungen bei Gebäuden, die schon den Namen einer Persönlichkeit tragen, wären sicherlich deplatziert. Da bleiben eigentlich nur noch Straßen und Plätze übrig. Und dieser öffentliche Raum, der dann den Namen einer Persönlichkeit trägt, muss auch angemessen gestaltet, zentral und bedeutend sein. Daher scheiden sehr viele Plätze und Straßen bereits im Vorfeld aus, da diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Neue Straßen und Plätze, die noch nicht benannt sind, wird es in absehbarer Zeit in Frankenthal nicht geben, jedenfalls nicht solche, die den hohen Anforderungen gerecht werden. Eine gemeinsame Entscheidung mit dem Stadtrat ist leider nicht machbar. Deswegen muss auch die Verwaltung heute eine Entscheidung treffen. Es ist nicht angezeigt, eine Näherung mit einem Bürgerentscheid oder Ähnlichem zu verknüpfen. Es ist eine sehr sensible Angelegenheit, die würdig diskutiert werden muss. Sie sollte nicht von tagespolitischen Erwägungen oder Launen heraus bestimmt sein oder von Wahltagen, die eine mehr oder weniger große Wahlbeteiligung auslösen. Es ist fraglich, ob aus der Bürgerschaft viele andere Vorschläge kommen. Die Problematik, dass die Stadt öffentliche Plätze mit Personen benennen will, ist nicht neu. Vom Anforderungsprofil her für einen Platz oder eine Straße gibt es in Frankenthal nicht viel zur Auswahl und da wird in der näheren Zukunft nicht viel Neues kommen. Vor diesem Hintergrund wird es auch in einer Beratung im Ältestenrat oder einem sonstigen Ausschuss keine weiteren Vorschläge ge-

ben können, die in diese Richtung zielen, dass ein tragfähiger Kompromiss von allen gefunden wird. Der Stadtvorstand hat heute über den Antrag abgestimmt und kommt zu dem Ergebnis, dass er hier dem Antrag zustimmen wird. Er findet nicht überall Akzeptanz, es wird Widerspruch geben und es wird einige geben, die damit nicht zufrieden sind. Manchmal muss man diese Diskussion führen, manchmal muss man auch anecken, so wie der, der heute geehrt werden soll, zeit seines Lebens immer angeeckt ist. Die Verwaltung wird dem Antrag zustimmen.

Anschließend lässt OB Hebich über den Antrag abstimmen.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

Drucksache Nr.

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

XVI/1890

Aktenzeichen: FWG Datum: Hinweis:

Stand der interkommunalen Maßnahmen gegen Rhein-Hochwasser
hier: Anfrage der FWG-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	X	Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**9**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
32

1) Wie weit sind die vor einigen Jahren vorgestellten zahlreichen Einzelmaßnahmen gegen Rhein-Hochwasser nördlich der BASF-Kläranlage inzwischen in den betroffenen Kommunen (Frankenthal, Ludwigshafen, Bobenheim-Roxheim usw,) umgesetzt?

2) Welche der Maßnahmen sind noch offen?

3) Sind z.B. die Schließbalken für die Brücke unter der A 6 in Mörsch hergestellt und wo werden sie gelagert?

4) Wer koordiniert die gesamten Hochwasser-Schutzmaßnahmen in obiger Region?

Begründung:
Die verschiedenen Hochwasserschutz-Maßnahmen in den einzelnen Kommunen waren bei ihrer Vorstellung sehr überzeugend. Die Frage wurde nun gestellt, ob sie bereits umgesetzt sind.

Ingrid Hexel

(Fraktionsvorsitzende)

Protokoll:

RM Dr. Hezel erläutert die Anfrage.

OB Hebich nimmt wie folgt Stellung:
Frage 1:
Es kann kein ständiger Hochwasserschutz gewährleistet werden. Nach den einschlägigen Wassergesetzen ist auch der Grundstückseigentümer gefragt, selbst Vorsorge zu treffen. Es kann nicht jede denkbare Situation von den Kommunen und anderen Einrichtungen gemeistert werden. Gleichwohl ist Hochwasserschutz eine Gemeinschaftsaufgabe der Betroffenen, der Kommunen und des Staates. Vor diesem Hintergrund wurde am 01.10.2010 die Hochwasserpartnerschaft Nördliche Vorderpfalz gegründet, um Lösungsvorschläge abzustimmen und den Hochwasserschutz gebietsübergreifend sicherzustellen. Es wurden verschiedene Szenarien durchgespielt und notwendige Lösungen untersucht. Unter anderem soll bei einem extremen Hochwasser, einem Deichbruch oder einer Überflutung des Rheindeiches nördlich der Autobahn A6 der Autobahndamm eine Riegelfunktion nach Süden haben. Dazu ist es notwendig, dass alle Durchlässe im Autobahndamm geschlossen werden. Es gibt folgende Durchlässe des Autobahndammes:

- Bruchgraben
- Wirtschaftsweg nordwestlich von Mörsch
- Wirtschaftsweg nördlich von Mörsch
- Durchlass der Isenach
- Kreisstraße K3
- Durchlass B9
- Wirtschaftsweg südlich der BASF-Kläranlage

Weiterhin ist vorgesehen, einen weiteren Riegeldamm zu errichten, der sowohl die BASF als auch Frankenthal zugutekommt. Diese Maßnahme soll gemeinsam mit der Stadt Ludwigshafen realisiert werden. Dieser Riegeldamm soll bei einem möglichen Deichbruch südlich der Autobahn A6 schützen. Die BASF stellt hierzu unentgeltlich Grundstücke zur Verfügung. Im April 2017 wurde für die Planung eine Kostenteilungsvereinbarung getroffen. Das notwendige Material für die Aufschüttung wird im Zuge von Renaturierungsmaßnahmen des Altrheingrabens durch die Stadt Ludwigshafen zur Verfügung gestellt. Der Beginn ist für 2018 geplant.

Frage 2:
Offen ist noch das lokale Hochwasserschutzkonzept. Der Auftrag hierfür ist an ein Ingenieurbüro vergeben worden. Es umfasst die öffentliche und die private Hochwasservorsorge und soll an die Eigenverantwortung der Bürger und Unternehmer appellieren. Das Land bezuschusst die Maßnahme mit 90 %.

Frage 3:
Die Schließbalken für die Brücke unter der Autobahn A6 sind noch nicht hergestellt. Es soll der Verschluss mittels eines Stahlschotts in Verbindung mit Big Bags erfolgen. Diese Maßnahme wird derzeit vom Gewässerverband Isenach-Eckbach konzipiert und geplant. Es gibt hierfür eine Kostenbeteiligungsvereinbarung zwischen Ludwigshafen und Frankenthal. Das Land bezuschusst das Vorhaben mit 80 %. Die Maßnahme wird voraussichtlich im Jahr 2018 realisiert.

Frage 4:
Es wurde 2010 die Hochwasserpartnerschaft Nördliche Vorderpfalz gegründet. Mitglieder dieser Partnerschaft sind:

- der Rhein-Pfalz-Kreis,
- die Gemeinde Bobenheim-Roxheim,

- der Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach,
- die BASF SE,
- die Stadt Ludwigshafen und
- die Stadt Frankenthal.

Zentraler Ansprechpartner für alle die Hochwasserpartnerschaft betreffenden Fragen ist der Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach. Dieser ist für die Organisation und Leitung der Sitzungen der Hochwasserpartnerschaft zuständig, übernimmt Koordinationsaufgaben und leitet Informationen, die die Partner betreffen, weiter. Die einzelnen Maßnahmen werden von den Mitgliedern in eigener Zuständigkeit vorbereitet und ausgeführt. Daher ist es notwendig, dass diese aufeinander abgestimmt werden. Im Krisenfall wird ein gemeinsamer Stab der Mitglieder der Hochwasserpartnerschaft gebildet, der die einzelnen zu treffenden Maßnahmen zu Minimierung eines Hochwasserrisikos abstimmt. Bei einem überregionalen Katastrophenereignis ist die federführende Stabsstelle die ADD Trier.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

XVI/1918

Aktenzeichen: Die Grünen Datum: Hinweis:

Verkehrsberuhigung Studernheimer Weg
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:		Einstimmig:		Ja-Stimmen:	
Stadtrat	**30.08.2017**	**10**			Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:		Stimmenmehrheit:		Enthaltungen:	

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:
61

DIE GRÜNEN -Offene Liste fragen

1. Sieht die Verwaltung einen finanziellen Spielraum, noch dieses Jahr eine Verkehrsberuhigung im Studernheimer Weg durchzuführen?
2. Wenn ja, wann kann mit den Arbeiten begonnen werden?
3. Wenn nein, ist beabsichtigt, die Mittel 2018 in den Haushalt einzustellen?
4. Wenn nein, wann soll die Verkehrsberuhigung endlich erfolgen?

Begründung:

Bei den Haushaltsberatungen letzten Dezember sagte die Verwaltung zu, nach einem halben Jahr zu überprüfen, ob die finanzielle Situation es zulässt, 2017 eine Verkehrsberuhigung am Studernheimer Weg durchzuführen. Bisher ist keine Rückmeldung erfolgt. Auf dem Studernheimer Weg fahren viele Pendler mit überhöhter Geschwindigkeit. Dies führt zu einer massiven Lärmbelästigung der Anwohnenden. Daher muss schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden. Man könnte die Strecke auch durch andere Maßnahmen unattraktiv machen wie z.B. eine Ampel an der Unterführung, die bei gemessener Überschreitung der Geschwindigkeit automatisch auf rot in Richtung Studernheim schaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerhard Bruder (Fraktionsvorsitzender)

Protokoll:

RM Dr. Schulze erläutert die Anfrage ausführlich.

Bgm Schwarz nimmt wie folgt Stellung:
Es gab letztes Jahr bei der Streichung der Maßnahme im Haushalt den Kompromiss, dass die Verkehrsberuhigung im Jahr 2017 durchgeführt wird, wenn Haushaltsmittel im laufenden Jahr frei werden. Diese Absprache war vor der Haushaltsgenehmigung durch die ADD. Diese hat die Auflage gegeben, dass frei werdende Mittel sowie Mehreinnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits genutzt werden müssen.

Die Aufstellung des Haushaltes für 2018 ist noch nicht abgeschlossen. Die Maßnahme ist bisher noch nicht angemeldet.

Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz)

XVI. Wahlperiode 2014 – 2019

Drucksache Nr.

Aktenzeichen: Datum: Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidung aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	Einstimmig:	Ja-Stimmen:
Stadtrat	**30.08.2017**		X		
				Mit	Nein-Stimmen:
			Nichtöffentlich:	Stimmenmehrheit:	Enthaltungen:

Laut Beschluss-vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:
	X			

Abdruck an:

Protokoll:

OB Hebich gibt die Entscheidung aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 11: Vertragsabschluss einstimmig beschlossen